

(Präsident.)

(A) Ich eröffne die Debatte und gebe dem Herrn Bericht-
erstatter das Wort.

**Berichterstatter Abgeordneter Mitschke
(Leutzsch):** Meine Herren! Der Gemeinderat zu Wasch-
leithe mit Heide petiert um die Erbauung einer Schmal-
spurbahn von Grünstädtel über Elterlein nach Geyer.
Dieser Petition hat sich eine Reihe von Gemeinde-
behörden usw. angeschlossen.

In der Petition wird vor allen Dingen darauf hin-
gewiesen, daß das Oswald- und Katharimental — das
ist die Gegend, die für die Verbindung zwischen Grün-
städtel und Elterlein in Frage kommen würde — der
Bahnverbindung entbehrt. Für die Notwendigkeit einer
Weiterführung von Elterlein nach Geyer sind wesentliche
Momente in der Petition überhaupt nicht ins Feld ge-
führt, und man kann sich im wesentlichen darauf be-
schränken, die Sachlage, soweit das Verkehrsgebiet zwischen
Grünstädtel und Elterlein in Frage kommt, einer Be-
trachtung zu unterziehen.

Es ist in der Petition ein Passus enthalten, den ich
Ihnen hier vorlesen möchte. Es heißt da:

(B) „Das Oswald- und Katharimental, welche erst vor
nicht allzu langer Zeit zur Abhelfung des dringendsten
Bedürfnisses eine geeignete Verkehrsstraße erhalten
haben, gehören zu den industriereichsten Gegenden des
sächsischen Vaterlandes und weisen trotzdem noch keiner-
lei Bahnverbindung auf.“

Meine Herren! Ich habe schon in den beiden vor-
hergehenden Landtagen ausgeführt, daß man nicht davon
sprechen kann, daß es sich um die industriereichste Gegend
unseres sächsischen Vaterlandes handelt; ich habe zum
Ausdruck gebracht, daß man in bezug auf die Bedeutung
der Industrie für diese Gegend nur von Ansätzen von
Industrie sprechen kann. Wenn in den vorigen Land-
tagen die Petition zur Kenntnisaufnahme gegeben worden
ist, so ist die Deputation dabei mit von dem Standpunkte
ausgegangen, daß die Ansätze, die sich dort zeigen, eine
Erweiterung erfahren werden. Das ist aber in aus-
reichendem Maße nicht der Fall gewesen. Es handelt
sich hier nur um industrielle Betriebe mit einer ver-
hältnismäßig kleinen Arbeiterzahl. Dann ist weiter zu
beachten, daß, wie das ja auch zugegeben wird, „zur
Abhelfung des dringendsten Bedürfnisses“ eine sehr gute
Straße gebaut worden ist.

Meine Herren! Es kommt ein Verkehrsgebiet in
Frage von ungefähr 1200—1300 Einwohnern. Diese
Ortschaften liegen aber so auseinandergezogen, daß wenn
man die Linienführung wählt, wie man will, immer ein
großer Teil der Bevölkerung ausfallen wird. Es ist
außerdem zu betonen, daß auch jetzt schon die in Frage

kommenden Orte höchstens einen Weg von ca. 3—3½ km (C)
zur nächsten Station haben.

Weiter ist zu berücksichtigen, daß die drei Städte,
deren Interessen in der Petition vertreten werden, heute
schon die denkbar besten, bequemsten Bahnverbindungen
mit den Nachbarstädten haben, wo sich der Sitz der Be-
hörden befindet, Schwarzenberg für Grünstädtel, Scheib-
enberg für Elterlein und Annaberg für Geyer.

Die Deputation ist nach reiflicher Überlegung zu dem
Standpunkte gekommen, daß die Erbauung dieser Bahn
der Regierung nicht empfohlen werden kann, daß es in
anderen Gegenden unseres Königreichs wesentlich dringen-
dere Wünsche zu erledigen gibt

(Sehr richtig!)

und daß man von diesem Standpunkte aus dazu kommen
muß, zu beantragen, die Petition auf sich beruhen zu
lassen.

Es ist gewiß kein alltäglicher Zustand, daß eine Peti-
tion zurückgeschraubt wird. Aber die Deputation ist der
Meinung, daß Projekte, die einmal in absehbarer Zeit
keine Aussicht auf Verwirklichung bieten, eine erneute
Zensur zur Kenntnisaufnahme nicht erfahren können. Die
Deputation bittet die Kammer zu beschließen, die Petition,
die jetzt zur Beratung steht, auf sich beruhen zu lassen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete (D)
Brodau.

Abgeordneter Brodau: Meine sehr geehrten
Herren! Ich bedaure, dem Antrage der Deputation, der
hier soeben durch den Herrn Berichterstatter eingehend
begründet worden ist, widersprechen zu müssen. Ich muß
Sie ersuchen, einen anderen Beschluß zu fassen, den Be-
schluß, den die Kammer vor zwei und vor vier Jahren
gefaßt hat. Es liegt, wie schon der Herr Berichterstatter am
Schlusse gesagt hat, der seltene Fall vor — nach meinem
Dafürhalten ist er überhaupt noch nicht dagewesen, seit-
dem dieser Landtag gewählt ist —, daß eine Petition eine
ungünstigere Zensur erfährt als in den vorhergehenden
Sessionen. Es ist nicht gerechtfertigt, den Stand-
punkt, den die Deputation in den früheren Sessionen der
Petition gegenüber eingenommen hat, zu verlassen und
eine andere Zensur vorzuschlagen; es ist nicht gerecht-
fertigt, nachdem man früher die Kenntnisaufnahme befür-
wortet hat, jetzt die Petition auf sich beruhen zu lassen.
Es handelt sich um eine Petition, die den Landtag
seit über 30 Jahren beschäftigt, die zum ersten Male
1905 der Regierung zur Kenntnisaufnahme überwiesen
worden ist. Die Kenntnisaufnahme ist dann wieder aus-
gesprochen worden 1907, 1909 und 1911. Jetzt soll die
Petition auf sich beruhen bleiben.